

Deutscher Städtetag · Postfach 51 06 20 · 50942 Köln

An den
Deutschen Bundestag
Ausschuss für Gesundheit

Frau Dr. Martina Bunge

per eMail: marianne.steinert@bundestag.de

Marienburg
Lindenallee 13 - 17
50968 Köln

13. Sep. 2007

Telefon +49 221 3771-0
Durchwahl 3771-199
Telefax +49 221 3771-177

E-Mail

manfred.wienand@staedtetag.de

Bearbeitet von

Dr. Manfred Wienand

Aktenzeichen

53.20.13 N

Diamorphingestützte Behandlung Schwerstdrogenabhängiger

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und anderer Vorschriften (BT-Drucks. 16/4696)
sowie Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drucks. 16/2075)
sowie Antrag der Fraktion DIE LINKE (BT-Drucks. 16/2503)
und Antrag der Fraktion der FDP (BT-Drucks. 16/3840)**

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages
am 19. September 2007

Sehr geehrte Frau Dr. Bunge,

der Deutsche Städtetag dankt für die Einladung zu der o. g. Anhörung, an der **für den Deutschen Städtetag Beigeordneter Dr. Manfred Wienand** teilnehmen wird.

Des weiteren danken wir für die Möglichkeit, vorab die nachfolgende schriftliche Stellungnahme abzugeben:

Der Deutsche Städtetag unterstützt die am Modellprogramm „Heroingestützte Behandlung bei Schwerstdrogenabhängigen“ teilnehmenden Städte Bonn, Frankfurt, Hannover, Karlsruhe, Köln und München.

Die unter engster Indikation erfolgende, kontrollierte Vergabe von Diacetylmorphin ist nach den Ergebnissen der Begleitstudie für eine äußerst begrenzte Gruppe Schwerstabhängiger, nach Scheitern aller Behandlungsalternativen die ultima ratio, um das Überleben dieser Schwerstabhängigen zu sichern und ein menschenwürdiges Weiterleben zu ermöglichen.

Die Gruppe der Schwerstdrogenabhängigen konzentriert sich vor allem auf die großen Städte. Die großen Städte sind auch die Orte, die von den sozialen Begleiterscheinungen der Suchtstoffabhängigkeit besonders betroffen sind.

Auch die Begleitkriminalität ist sowohl aus gesellschaftlicher als auch aus patientenbezogener Sicht ein entscheidender Aspekt, dem über die rein gesundheitsbezogene Betrachtungsweise hinaus eine herausragende Bedeutung zukommt.

Vor diesem Hintergrund bewertet der Deutsche Städtetag die Feststellungen aus der Spezialstudie des kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen als bedeutsam, dass bei der Substitution mit synthetischem Heroin ein signifikant weit deutlicherer Rückgang der Begleitkriminalität feststellbar ist als in der Gruppe der Methadonsubstituierten. Diese Feststellungen, die auf polizeiliche Daten gestützt sind, decken sich auch mit polizeilichen Erfahrungen aus den vorgenannten Städten.

Eine über die reine Beschaffungskriminalität hinausreichende, generell stabilisierende und zugleich die Kriminalität mindernde Wirkung der Diamorphinbehandlung, trüge dazu bei, die Chancen für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft deutlich zu erhöhen.

Die durch die Diamorphinbehandlung eröffnete Chance zu einer deutlichen Reduktion der eigenen Kriminalität der Schwerstheroinabhängigen und damit zu sozialer Reintegration, sollte nicht ungenutzt bleiben, sondern gezielt zur weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Behandlung eingesetzt werden.

Der Deutsche Städtetag unterstützt aus diesen Gründen den gemeinsamen Appell der am Modellprojekt beteiligten Städte an den Deutschen Bundestag, der von Hamburg und Hessen vorgelegten Bundesratsinitiative zuzustimmen und bezieht sich im übrigen auf die gemeinsame Stellungnahme der beteiligten Mitgliedsstädte.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Dr. Manfred Wienand